

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Günther Felbinger

Abg. Tobias Reiß

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Kathi Petersen

Abg. Gisela Sengl

Staatssekretär Georg Eisenreich

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen

Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Betriebspraktikum an allen weiterführenden Schularten in der Mittelstufe fest etablieren (Drs. 17/5500)

Ich eröffne die Aussprache und darf als Erstem Herrn Kollegen Felbinger das Wort erteilen. – Bitte schön, Herr Kollege.

(Zuruf von der CSU: Der macht es flott!)

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu später Stunde will ich versuchen, Ihre Aufmerksamkeit vielleicht mit einem Zitat von Mahatma Gandhi zu erregen,

(Zurufe: Oh!)

der sagt: "Ein Quäntchen Praxis ist mehr wert als Tonnen der Predigt". Wie Gandhi sind auch wir FREIE WÄHLER dafür, nicht nur zu predigen, wie es die CSU gerne macht,

(Zurufe von der CSU: Oh! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

sondern praktisch zu handeln und anzupacken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Einstellung wollen wir bereits an unseren Schulen erreichen. Wie Sie wissen, gehört es zum Bildungsauftrag aller bayerischen Schularten, dass Schülerinnen und Schüler in der Schule eine konkrete Vorstellung von der Arbeits- und Wirtschaftswelt bekommen. Je nach Profil der Schule sollen sie deshalb in unterschiedlicher Form und Intensität mit Berufsorientierung und Berufswahl befasst werden. Wie Sie wissen, ist an der Mittelschule in der achten Jahrgangsstufe ein zweiwöchiges Praktikum ver-

pflichtend. In den M-Klassen ist in den Jahrgangsstufen acht und neun ein Praktikum mit einer Dauer von jeweils einer Woche fest etabliert. Das trägt zum einen dazu bei, dass die Schüler ihr im Unterricht oder in ihrem Lebensumfeld erworbenes Wissen über die Berufsbilder in der Praxis überprüfen können. Entsprechend heißt es in der Verlautbarung des Kultusministeriums aus dem Jahr 2013 zum Ziel des Betriebspraktikums: "Das Betriebspraktikum soll die Hinführung der Schülerinnen und Schüler zur Wirtschafts- und Arbeitswelt um Erfahrungen vor Ort erweitern und sie bei ihrer Berufswahl unterstützen." So weit, so richtig. Die spätere Berufswahl kann, mit der Reflexion im Nachhinein, unmittelbar über diese Praktikumsberichte gut angebahnt und angepasst werden.

Berufsorientierung und Berufswahl spielen auch in anderen Schularten eine wichtige Rolle, im Gymnasium federführend im Fach Wirtschafts- und Rechtslehre, an der Realschule in den Fächern Wirtschaft und Recht und Betriebswirtschaft/Rechnungswesen. Im Bereich der Wirtschaftsschule wird dem Thema bei der Übungsfirmenarbeit große Bedeutung beigemessen. Viele weiterführende Schulen bieten bereits auf freiwilliger Basis und in eigenverantwortlicher Organisation nach Artikel 30 des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes vor Ort in der Mittelstufe einwöchige Betriebspraktika an. Daraus ersehen Sie aber, dass es, wenn es auf freiwilliger Basis und in eigenverantwortlicher Weise passieren soll, natürlich sehr stark von der Schule und der Schulleitung abhängt, ob Schülerinnen und Schüler an Gymnasien und Realschulen Betriebspraktika absolvieren oder nicht.

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass alle davon profitieren. Das gelingt am besten, wenn alle mitmachen können. Die Betriebe sind durchaus bereit, hier Plätze bereitzustellen. Wir haben uns erkundigt und beispielsweise bei der Industrie- und Handelskammer in Niederbayern angefragt. Diese sagt: Wir unterstützen den Vorschlag, die Berufsorientierung am Beispiel der bayerischen Mittelschulen an allen allgemeinbildenden Schulen verpflichtend einzuführen. Dies ist im Übrigen seit Jahren eine Forderung des bayerischen Handwerks.

Die Stellungnahme des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages lautet: Grundsätzlich halten wir verpflichtende Betriebspraktika in der Mittelstufe der allgemeinbildenden Schulen für geeignet, die Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler mit Arbeitsweltbezug anzureichern und qualitativ zu verbessern. Weiter sagt sie: Bei entsprechender Ernsthaftigkeit aufseiten der Schulen sehen wir die Bereitstellung einer ausreichend großen Zahl an Plätzen als machbar an. - Lassen Sie mich unter dem Strich sagen: Es gibt keinen Hinderungsgrund, das nicht zu machen. Fakt ist: Die Wirtschaft zieht mit. Sie weiß, was das an Gutem bedeutet, weil wir Fachkräfte für Industrie und Handwerk brauchen. In diesem Raum sind sich eigentlich alle einig, dass das ein guter Antrag, ein guter Vorstoß ist, außer der CSU-Fraktion. Warum? - Die CSU-Fraktion predigt die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung. Wenn es aber darauf ankommt, zieht sie den Schwanz ein. Warum? - Vielleicht, weil das Ministerium sein Veto einlegt, weil sie sich nicht traut, Farbe zu bekennen, aber, weil sie eben doch nicht alle Schularten gleichwertig behandelt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Und kommen Sie mir nicht mit der Aussage, dass an den P-Seminaren am Gymnasium alles so hervorragend sei. Hier schreibt uns nämlich der Bayerische Industrie- und Handelskammertag, ich zitiere: Die ernüchternden Erfahrungen mit den gymnasialen P-Seminaren sollten uns eine Lehre sein. – Meine Damen und Herren, sehr geehrte Kollegen der CSU, heute haben Sie es in der Hand, Ihre Einstellung zu korrigieren. Ich empfehle Ihnen deshalb: Stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung: der Herr Kollege Reiß. - Bitte.

Tobias Reiß (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Felbinger, ich gebe Ihnen in der Zielsetzung durchaus recht, dass letztlich alle Schularten in Bayern den klaren Auftrag haben, ihren Schülerinnen und Schülern die kon-

krete Arbeits- und Wirtschaftswelt zu vermitteln, ihnen Berufsorientierung zu geben und sie auf die spätere Berufswahl vorzubereiten. Was Sie hier wollen, ist eine Verpflichtung in allen Schularten, was das einwöchige Betriebspraktikum anbelangt. Ich frage mich, warum wir alles standardisieren sollen, alles von oben verordnen sollen. Warum soll nicht jede Schulart für sich individuell entscheiden, wie sie diese Berufsorientierung in pädagogischer Freiheit voranbringt?

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Weil sie es nicht machen, ganz einfach!)

Die Schulen, die Lehrerinnen und Lehrer können in ihren Klassen eigenverantwortlich entscheiden,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Passiert aber nicht!)

wie und wann sie dieses zweifellos wichtige Thema der Berufsorientierung mit ihren Schülerinnen und Schülern aufgreifen. Die Möglichkeiten dafür sind bereits heute vielfältig und werden auch intensiv genutzt. Sie haben es durchaus ausgeführt. Wir müssen nicht unnötig bis in die letzte Unterrichtsminute hinein Vorschriften von oben machen. Es gibt ein Positionspapier der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft aus dem Jahr 2014. Dort wird uns bestätigt, dass die Berufsorientierung einen etablierten Platz im Regelangebot der allgemeinbildenden Schulen eingenommen und damit an Bedeutung gewonnen hat. Sie selber bestätigen das am Ende auch. Dem Protokoll unserer Bildungsausschusssitzung zufolge haben Sie den ganzen "Werkzeugkasten" der Möglichkeiten zur Berufsorientierung dargestellt. Über die Bedeutung dieses Themas sind wir uns durchaus einig. Wir wissen alle: Die jungen Menschen stehen am Ende ihrer Schulzeit vor einer großen Herausforderung. Sie müssen eine Berufswahl treffen, die ihren weiteren Lebensweg entscheidend beeinflusst. Dabei werden sie mit sich ständig verändernden Rahmenbedingungen in der Berufs- und Arbeitswelt konfrontiert. Berufsbilder verändern sich. Die Anforderungen steigen ständig. Ich räume ein, dass diese Berufswahlentscheidung nicht immer gelingt. Rund 20 % aller Ausbildungsverträge werden im Durchschnitt branchenübergreifend wieder aufgehoben.

Deshalb noch einmal: Ja, eine erfolgreiche Berufsorientierung ist wichtig, damit junge Menschen eine bewusste Berufswahl treffen können. Wir müssen aber nicht als Oberlehrer auftreten und alles verpflichtend vorschreiben. An der Mittelschule gibt es ohnehin bereits ein verpflichtendes zweiwöchiges Betriebspraktikum in der 8. Klasse und weitere Möglichkeiten zur freiwilligen Aufnahme von Praktika in den anderen Jahrgangsstufen. Dies hat Herr Kollege Felbinger schon gesagt. Fast in allen Realschulen finden freiwillige einwöchige Betriebspraktika statt. An der Wirtschaftsschule wird die Berufsorientierung ohnehin groß geschrieben. Im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Gymnasium gibt es ein Sozialpraktikum.

Herr Kollege Felbinger, Sie haben die Praxis-Seminare, die P-Seminare am Gymnasium und die damit verbundene Kritik genannt. Daher hat das Kultusministerium zusammen mit der Stiftung der Deutschen Wirtschaft ein Projekt aufgelegt, um das P-Seminar weiterzuentwickeln, nämlich das Projekt "Studien- und Berufsorientierung im Projektseminar". Damit werden die Gymnasiallehrerinnen und -lehrer unterstützt, ihre Schüler bei der Berufswahl fundiert zu beraten. Dort ist die Kooperation mit externen Partnern aus der Arbeitswelt verpflichtend vorgeschrieben und soll in Zukunft weiter ausgebaut werden.

Selbst wenn eine Ausweitung und eine weitere Verankerung von Schülerpraktika durchaus wünschenswert wäre, würde eine Verpflichtung die Entscheidungsspielräume der Schulen vor Ort sowohl zeitlich als auch räumlich einschränken. Meines Erachtens besteht unsere Aufgabe vorrangig darin, die Berufsorientierung an den Schulen weiter zu systematisieren und Praktika in Gesamtkonzepte einzubinden. Das Ziel darf nicht eine reine Ausweitung der Praktika sein. Vielmehr muss bei jeder weiteren Einführung oder Erweiterung mitbedacht werden, wie diese Praktika systematisch vorbereitet, begleitet, durchgeführt, nachbereitet und in ein Gesamtkonzept der Berufsorientierung einer Jahrgangsstufe integriert werden können.

In der Zielsetzung sind wir uns dabei sicherlich einig. Wir müssen uns aber auch die Frage stellen, wie die Umsetzung vor Ort funktionieren kann, und wie die Praktika über

das ganze Jahr verteilt werden können, damit die Wirtschaft vor Ort nicht dadurch überfordert wird, dass sich die Praktikumswünsche aller Schularten auf eine bestimmte Zeitspanne beziehen. Dies würde zu einem Verdrängungseffekt unter den Schularten führen. Bei einer knappen Anzahl von Praktikumsplätzen müssten nämlich Schüler von Mittelschulen mit Schülern der Realschulen und der Gymnasien konkurrieren. Das kann niemand wollen.

Ihre Forderung, schon in der siebten Klasse mit den Praktika zu beginnen, ist umstritten. Ich glaube nicht, dass dies der richtige Zeitpunkt ist. Die Schüler sind dann gerade einmal 13 Jahre alt. In diesem Alter ist es richtig und wichtig, einen größtmöglichen Überblick zu geben. Die Schüler brauchen in diesem Alter kein einzelnes Betriebspraktikum, sondern Betriebserkundungen, Betriebsbesichtigungen und Gespräche mit Firmenvertretern und Experten-Interviews. Sie sollten noch nicht in ein Unternehmen gehen und ein Praktikum aufnehmen. Sie fordern, dass die Praktika in der 9. Jahrgangsstufe enden. Für das Gymnasium wäre dies nicht zielführend, weil in der 10. Klasse nur ein Bruchteil der Schüler das Gymnasium verlässt.

Zusammengefasst kann ich sagen: Die Schülerinnen und Schüler in Bayern beschäftigen sich an allen Schularten mit der Berufsorientierung und der Berufswahl. Selbstverständlich sind hier Verbesserungen möglich. Die Verpflichtung zu einem einwöchigen Betriebspraktikum halten wir jedoch nicht für sinnvoll. Deshalb lehnen wir den Antrag ab. - Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Sie sehen, es hat sich jemand für eine Zwischenbemerkung vorbereitet. Herr Kollege Dr. Fahn, bitte.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Da brauche ich mich gar nicht vorzubereiten. Bevor ich in den Landtag gekommen bin, war ich nämlich 30 Jahre lang Lehrer an einem Wirtschaftsgymnasium, wo es in der 9. Jahrgangsstufe Praktika gab. Diese Praktika waren sehr erfolgreich und sind bei den

Schülern angekommen. Die Schüler hatten auch gar kein Problem, einen Praktikumsplatz zu bekommen; denn die Schüler sind so gerissen, dass sie solche Plätze selbst finden. Das hat früher sehr gut funktioniert.

Sie haben gesagt, die Wirtschaft vor Ort sei damit überfordert. Wir haben es uns bei diesem Antrag nicht leicht gemacht. Wir haben die IHKs und die Handwerkskammern in Bayern angeschrieben und gefragt, ob sie dieses verpflichtende Praktikum wollen und ob sie damit einverstanden sind. Sie haben recht: Wenn die Betroffenen selbst ein solches Praktikum nicht wollen, macht es keinen Sinn. Die IHKs und die Handwerkskammern haben uns jedoch geantwortet, dass sie dieses Praktikum begrüßen. Bei der Berufsfindung geht es nämlich nicht um die Theorie, sondern um die konkrete Praxis. Sie ist das Entscheidende. Diese Praxis gewinnt man nicht, wenn man irgendein Buch liest oder etwas vorgetragen bekommt, sondern nur durch die Realität vor Ort.

Die IHKs und die Handwerkskammern begrüßen unseren Vorschlag. Sie werden uns deshalb auch unterstützen, wenn es darum geht, die Plätze zu finden. Deswegen haben wir unsere Anfrage vorgeschaltet. Daher ist das, was Sie sagen, an den Haaren herbeigezogen. Sie sagen, die Entscheidung über diese Frage sollte den Schulen selbst überlassen werden. Warum streichen Sie dann an den Mittelschulen nicht das verpflichtende Praktikum? Dort ist nämlich das Praktikum verpflichtend und greift in den Schulalltag ein. Auch dieses Argument ist in keiner Weise überzeugend.

Insgesamt hat das Betriebspraktikum einen hohen Praxisbezug. Ihre Argumente ziehen in keiner Weise. Die Handwerkskammern und die IHKs würden mitmachen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, Ihre Minuten sind vorbei.

Tobias Reiß (CSU): Herr Kollege Dr. Fahn, man spürt bei Ihrer Intervention regelrecht, dass Sie sich in Ihrem Berufsleben 30 Jahre lang darauf vorbereitet haben. Ich habe die FREIEN WÄHLER bisher immer in der Weise wahrgenommen, dass sie sehr stark dezentral orientiert gewesen sind und sich sehr stark auf die Verantwortung vor Ort konzentriert haben. Herr Aiwanger, offensichtlich gibt es bei Ihren FREIEN WÄHLERN

viele Facetten zwischen vorne und hinten. Sie argumentieren so, wie Sie es gerade brauchen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir die Themen Berufsorientierung, Praxisbezug, Berufswahl und Kompetenz voranbringen können. Allerdings wird dazu an allen Schularten Erhebliches geleistet. An allen Schularten gibt es bereits Praktika. In den Schulen vor Ort sollte entschieden werden, wie diese Themen angegangen werden. In Bayern gibt es zum Beispiel 100 Arbeitskreise Schule/Wirtschaft, die einen intensiven Kontakt zur Wirtschaft pflegen, freiwillige Praktika konzipieren etc. Warum soll der Freistaat Bayern dies allen Schulen gleichartig vorschreiben? Warum haben wir nicht das Vertrauen, dass die Schulen und die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort in der Lage sind, diese Themen zu behandeln? – Natürlich müssen wir Ihnen dafür die Werkzeuge und die Budgets zur Verfügung stellen. Ich habe nicht gewusst, dass es das neue Konzept der FREIEN WÄHLER ist, den Schulen von München aus alles vorzuschreiben. Unser Konzept ist das nicht.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt darf ich Frau Kollegin Petersen ans Rednerpult bitten.

Kathi Petersen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CSU ist sonst nicht für Zurückhaltung bekannt, was das Erlassen von Vorschriften angeht.

(Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

Da wundert es mich nun, warum ihr Redner ausgerechnet in diesem Punkt so zögerlich aufgetreten ist. Non scholae sed vitae discimus. So formulierten die Römer ihr Bildungsziel.

(Beifall des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) – Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

- Wir können auch Zitate, liebe Kolleginnen und Kollegen, und ich gehe sicherlich nicht fehl in der Annahme, dass wir ihnen darin alle uneingeschränkt recht geben. Wenn dem so ist, müssen wir aber dafür sorgen, dass die Schülerinnen und Schüler möglichst viel vom und fürs Leben mitbekommen. Und zum Leben gehört natürlich auch ganz wesentlich das Berufsleben. Eine gute und vielleicht die beste Möglichkeit, Einblick in den Berufsalltag zu erhalten, sind Praktika. Entsprechend sind an vielen allgemeinbildenden Schulen Praktika längst verpflichtend.

Meine Vorredner haben bereits darauf hingewiesen. Ich selbst habe eine recht ausführliche Antwort der Staatsregierung auf eine Anfrage zum Plenum diesbezüglich erhalten. An Mittelschulen und Förderschulen sind Praktika sowieso verpflichtend, an Realschulen und an Gymnasien in bestimmten Ausbildungsabschnitten.

Der Antrag der FREIEN WÄHLER zielt darauf ab, an allen weiterführenden Schulen ein Betriebspraktikum im Lehrplan zu verankern. Es geht, wenn ich den Antrag richtig verstanden habe, nicht darum, dass die FREIEN WÄHLER jede Unterrichtsstunde festlegen wollen, sondern darum, welchen Auftrag die Schule hat.

Wenn die Kollegen der CSU etwas leiser wären, würde ich mich leichter tun.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Festzulegen, welche Zielsetzung die schulische Ausbildung hat, ist Aufgabe der Politik. Ich hoffe, darin sind wir uns auch einig. Es ist sinnvoll, ein Betriebspraktikum im Lehrplan zu verankern, zumal es nachhaltiger ist, wenn es in der Schulzeit und nicht einfach in den Ferien stattfindet und wenn es entsprechend vor- und nachbereitet wird. Ich denke da an einen Praktikumsbericht in der Nachbereitung, was so oft schon geübt wird.

Sie, Kollege Reiß, haben gemeint, in der Mittelstufe wäre das noch etwas verfrüht. Aber nach meiner Beobachtung machen sich die Schülerinnen und Schüler durchaus schon in der Mittelstufe Gedanken darüber, in welche Richtung es für sie später beruf-

lich gehen soll. Es ist manchmal auch die Zeit, in der man die Schule nicht so prickelnd findet. Da könnte dann ein Betriebspraktikum ganz hilfreich sein, den Schülern klarzumachen, wohin es gehen kann: länger Schule oder vielleicht doch eher eine Ausbildung.

Ein weiterer Punkt: Wenn wir die berufliche Bildung aufwerten wollen – das wollen wir ausweislich vieler Reden bei allen möglichen Anlässen -, wäre diese Zeit ganz ideal, um die Schülerinnen und Schüler in den Berufsalltag hineinschnuppern zu lassen. Das kann konkret dadurch geschehen, dass sie den Betriebsalltag anschaulich erleben und nicht nur in Gesprächen davon hören. Deshalb stimmen wir dem Antrag der FREIEN WÄHLER zu.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Frau Kollegin Sengl hat nun das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen dem Antrag der FREIEN WÄHLER voll und ganz zu.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo! – Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist ein wichtiges und richtiges Anliegen. Bayern spielt hier erneut eine Sonderrolle, sozusagen eine unrühmliche; denn Bayern ist das einzige Bundesland, in dem ein Betriebspraktikum nur in der Mittelschule verpflichtend ist, in allen anderen Schularten aber nicht.

(Zurufe von der CSU)

Dabei wäre ein solches Praktikum gerade in den weiterführenden Schularten so wichtig. Wenn das Praktikum gut durchgeführt wird, das heißt, wenn es von der Schule gut begleitet und qualitativ mit Vor- und Nachbereitung aufgearbeitet wird und es sich

nicht um ein Alibi-Praktikum handelt, hat ein Betriebspraktikum nur Vorteile. Ich hoffe, Sie wissen, von was ich rede.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Die Schüler lernen die Arbeitswelt kennen, und es kann für einen mittelmäßigen oder schlechten Schüler ein sehr schönes Erlebnis sein, wenn er feststellt, dass er für seine praktische Begabung und sein handwerkliches Geschick eine Wertschätzung erfährt.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt nämlich nicht nur "buchkluge" Jugendliche, sondern auch praktisch begabte. Es kann bei der Berufswahlentscheidung eine große Sicherheit geben, wenn man ins Berufsleben schon ein bisschen hineingeschnuppert hat. Ein Berufspraktikum vermittelt den Bezug zur Realität. Die Jugendlichen müssen es sich selbst organisieren; sie müssen Verantwortung übernehmen, und für manche ist es auch ganz schön, einmal Urlaub vom Leistungsdruck in der Schule zu haben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Unser grünes Anliegen hier ist Folgendes: Wenn wir den Facharbeitermangel, den es in einigen Branchen tatsächlich sehr massiv gibt, wirklich beheben wollen, müssen wir den Jugendlichen vermitteln, dass akademische Bildung und berufliche Bildung gleichberechtigt, gleich wichtig und gleichwertig sind.

Unter diesem Aspekt ist mir die Ablehnung des Antrags durch die CSU unbegreiflich, da gerade sie immer damit hausieren geht, dass sie Handwerk und berufliche Bildung unterstütze. Mit der Annahme dieses Antrages hätte sie eine gute Gelegenheit, ihren Worten Taten folgen zu lassen. Aber offensichtlich geht es auch hier lediglich um Parteipolitik und nicht um Sachpolitik. Schade!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Nun darf ich Herrn Staatssekretär Eisenreich das Wort erteilen. Bitte sehr, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Verehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, dass ein solches Thema zu so später Stunde noch einmal Leben in die Bude bringt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Muntere Debatte!)

Ich werde versuchen, zu diesem Thema meinen Beitrag zu leisten.

(Alfred Sauter (CSU): Aber bitte nicht mehr so lang!)

- Ich beeile mich.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Zum Thema bitte!)

Ich glaube, werte Kolleginnen und Kollegen, dass es in vielen Punkten Übereinstimmung gibt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Jede Berufswahlentscheidung ist eine ganz wesentliche Weichenstellung für die Jugendlichen und jungen Menschen. Die Berufswelt ist vielfältig und schwer zu überblicken. Deshalb ist eine Berufsorientierung für unsere Schülerinnen und Schüler sehr wichtig. Damit diese Berufsorientierung gelingt, brauchen wir viele Partner. Wir brauchen die Unternehmer, die Kammern, mit denen wir in regem Kontakt stehen, die Verbände, die Agentur für Arbeit, die Arbeitskreise Schule/Wirtschaft, das Elternhaus und nicht zuletzt die Schule selbst. An den Schulen - da bin ich dem Kollegen Reiß für seine Hinweise sehr dankbar – gibt es schon jetzt ein umfangreiches Angebot zur beruflichen Orientierung. Ich möchte das kurz aufzählen: Wir haben Informationsveranstaltungen der vielfältigsten Art.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es gibt Ausbildungsmessen, Experteninterviews, Berufsberatungsangebote, Schülerfirmen, Projekte, Planspiele, Wettbewerbe, Betriebserkundungen und nicht zuletzt auch Betriebspraktika.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wie viele?)

Diese Betriebspraktika sind auf die jeweilige Schulart und ihre Bedürfnisse zugeschnitten. Die Schularten können ihr Angebot eigenverantwortlich gestalten. Die Betriebspraktika sind ein wichtiger Teil, das habe ich bereits erwähnt. An der Mittelschule sind sie verpflichtend, an der Realschule sind sie bis auf den Bereich Profil Sozialwesen nicht verpflichtend. Aber es gibt trotzdem an nahezu allen Realschulen die Möglichkeit, Betriebspraktika zu besuchen, das heißt, diese Schulart zeigt, dass die Schülerinnen und Schüler auch ohne Verpflichtung Betriebspraktika besuchen können.

An den Gymnasien – das ist der Punkt, auf den ich ein bisschen tiefer eingehen möchte – haben wir mit der neuen Oberstufe das Ziel der Studien- und Berufsorientierung stärker in den Blick genommen, indem wir das P-Seminar eingeführt haben. Außerdem können die Gymnasien freiwillig Betriebspraktika anbieten. Das machen auch viele Gymnasien in eigener Verantwortung.

Für mich ist das Thema des Antrags keine Glaubensfrage, sondern es ist die Frage, was pragmatisch, was vernünftig ist. Nachdem das auf freiwilliger Basis schon gut klappt, stellt sich die Frage, ob man das verpflichtend machen muss. Entwicklungsbedarf sehen wir aber in jedem Fall beim Gymnasium. Wir haben schon angefangen, die Berufs- und Studienorientierung zu verstärken. Wir wollen das auch noch weiter stärken und haben deshalb einen Auftrag an das ISB, das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, gegeben, damit gerade bei dieser Schulart genauer in den Blick genommen wird, was dort im Hinblick auf die Berufs- und Studienorientierung bereits geleistet wird und wie man die Qualität verbessern kann. Am Ende kann sich auch ergeben, dass man bei den Praktika noch einen Schritt weiter geht. Wir warten aber das Ergebnis dieses Auftrags ab.

Ich möchte mich auf jeden Fall schon einmal herzlich bei den Schulen bedanken, bei allen Partnern, die hier wirklich ganz hervorragende Arbeit leisten, bei der Berufs- und Studienorientierung, bei den Praktikumsangeboten und der Praktikumsbetreuung.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): In zwei Jahren werden wir das G 9 machen, dann haben wir Zeit darüber zu reden!)

- Nein, das ISB und das Kultusministerium arbeiten viel schneller. Dafür brauchen wir keine zwei Jahre. Ich danke den Lehrkräften und den Schulleitungen ganz herzlich, den Schule/Wirtschaft-Experten, den Betrieben, den Verbänden, den Kammern und natürlich auch der Agentur für Arbeit. Was wir in diesem Bereich haben, kann sich sehen lassen. Wir werden prüfen, ob wir in einzelnen Bereichen durch weitere Maßnahmen noch Verbesserungen erreichen können. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit zu so später Stunde.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich darf jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans-Jürgen Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa", Drucksache 17/5337, bekanntgeben. Mit Ja haben gestimmt 61 Abgeordnete, mit Nein 76. Stimmenthaltungen gab es eine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)